

Bericht über die Ereignisse in Polen

April 1959

| | <u>Seite:</u> |
|--|---------------|
| A. <u>Innere Entwicklung</u> | 1 |
| I. <u>Politische Ereignisse</u> | 1 |
| 1) Partei sorgt sich um den Nachwuchs | 1 |
| 2) Neuaufgebauter Polizeiapparat | 3 |
| 3) Partei warnt die Kirche | 5 |
| II. <u>Wirtschaft</u> | 7 |
| 1) Grundlage der Wirtschaftspolitik in den Jahren 1960/65 | 7 |
| 2) Neue Phase der Industrialisierung Polens | 8 |
| 3) Probleme des Oberschlesischen Industriegebietes | 9 |
| 4) Bewirtschaftung der Westgebiete | 10 |
| 5) Staat übernimmt Sorge um private Mietshäuser | 11 |
| III. <u>Kulturelle und soziale Probleme</u> | 13 |
| 1) Schulreform | 13 |
| 2) Schädliche Konzentration | 13 |
| 3) Kandidaten zum Hochschulstudium | 14 |
| 4) Neue Formen des Arbeitswettbewerbes | 15 |
| 5) Mangelnder Arbeitsschutz in den Produktionsbetrieben | 16 |
| B. <u>Polen und Ausland</u> | 17 |
| 1) CHRUSCHTSCHOW | 17 |
| 2) Polen und wirtschaftliche Integration des Ostblocks | 18 |
| 3) Polens Politiker über die deutsch-polnischen Probleme | 19 |
| 4) Ein Warschauer Blatt über den SPD-Deutschlandplan | 20 |

- - - -

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) Partei sorgt sich um den Nachwuchs

"Der überwiegende Teil der jungen Menschen in Polen hält nichts von Politik", heißt es in einem Bericht eines kürzlich aus Polen zurückgekehrten Publizisten. Tatsächlich ist etwas daran. Früher glaubten sehr viele Jugendliche an den Sozialismus, der eine bessere Zukunft bringen werde. Dieser Glaube zerbrach aber bei der Konfrontation mit der stalinistischen Praxis, die man ihnen als "Sozialismus" vorexerzierte. Je mehr sie einst geglaubt hatten, um so mehr fühlten sie sich später betrogen. Als Folge der stalinistischen Periode zeigten sich eine verbreitete Gleichgültigkeit und sogar Zynismus gegenüber der Politik. Diese Einstellung ist besonders bei den jüngeren Jahrgängen zu finden. Sie gilt als Hauptursache zahlreicher Schwierigkeiten bei der Jugendarbeit und bei der Gewinnung des Parteinachwuchses.

Unter den Mitgliedern und Kandidaten der Partei gab es 1953 über 128 000 junge Menschen unter 25 Jahren. Heute beträgt ihre Zahl nur knapp 70.000. Statistische Erhebungen ergeben, daß in den Jahren 1955/57 der Zustrom der Jugend in die Partei fast vollständig nachließ. Die "Quelle der Jugend" begann zu versiegen - wie diese Erscheinung vom Parteiblatt "Trybuna Ludu" am 14. April sorgenvoll bezeichnet wurde.

Die von der Partei gelenkten Jugendorganisationen, der "Verband der Sozialistischen Jugend" und der "Verband der Dorfjugend", die unter dem Einfluß der Vereinigten Arbeiterpartei bzw. der Bauernpartei stehen, sollten nach Ansicht des Blattes das Hauptreservoir für die künftigen Parteikandidaten bilden. Die beiden Jugendverbände haben sich aber bisher wenig darum gekümmert, ihren Mitgliedern den Weg zur Partei zu ebnen. Dies wird heute mit den Worten zugegeben, daß zwar viele Mitglieder ihre Bereitschaft zum Parteieintritt deklarieren, aber nur wenige danach handeln. In Parteikreisen findet man dafür die Ausrede, daß die jungen Menschen nur deshalb den Weg zur Parteiorganisation nicht gefunden hätten, weil ihnen der Jugendverband nicht half, die Formalitäten zu erledigen.

Viele verantwortliche Führer der Partei haben ernste Sorgen, wie sie diesen nicht sehr begeisterungsfähigen Nachwuchs zu brauchbaren, aktiven Mitgliedern erziehen können. Um den Übergang vom Jugendverband zur Parteiorganisation zu erleichtern, änderte man auf dem letzten Parteitag das Statut. Eine Empfehlung der Jugendorganisation wird es künftig einem jungen Kandidaten er-

möglichen, in die Partei aufgenommen zu werden. Früher verlangte man Bürgschaften von Parteimitgliedern. Diese "technische Erleichterung" soll den Weg der Jugend in die Partei ebnen.

Die Partei will aber auch sonst keine Mühe scheuen, um die Jugend für sich zu gewinnen. Da sie die Schwierigkeiten bei der Werbung um die "betrogene Generation" erkannt hat, versucht sie jetzt, den Schwerpunkt auf die Jahrgänge zu legen, die den Stalinismus noch nicht bewußt erlebten. Auf diese Jüngsten kann bereits in der Pfadfinderorganisation eingewirkt werden.

In den ersten Nachkriegsjahren spielte sich ein Kampf um das ideologische Gesicht der Pfadfinderorganisation ab. Die Jugendleiter, die schon vor dem Krieg in dieser Organisation aktiv waren, versuchten die alten Prinzipien wieder zu beleben. Es waren die Ideen des internationalen Scoutings, bereichert durch spezifisch polnische patriotische Traditionen, von denen man allerdings damals nicht mehr laut sprechen durfte. So hatten die polnischen Pfadfinder eine ruhmreiche Rolle im polnisch-sowjetischen Krieg 1920 gespielt. Die Kommunisten stellten sich die Rolle der Pfadfinderorganisation gänzlich anders vor: Sie sollte als Transmission ihrer Ideologie und ihres politischen Einflusses auf die jüngste Generation, die Schuljugend dienen.

In diesem ungleichen Kampfe hatten die alten Ideen von vornherein wenig Chancen. Zunächst behielten die Pfadfinder noch ihre organisatorische Selbständigkeit. Beim Beginn der Stalinisierung in Polen wollte man die Organisation zwar völlig liquidieren, aber dann ließ man sich die Partei auf die propagandistische Wirkung des alten Namens und behielt ihn. Allerdings wurden die Pfadfinder zu einem Anhängsel der einheitlichen Jugendorganisation - des Verbandes der Polnischen Jugend - und spielten dort die Rolle der "Jungen Pioniere".

Der Oktober 1956 brachte den Zusammenbruch des einheitlichen Jugendverbandes und eine Emanzipation des Pfadfindertums. Wieder gab es Versuche, an die alten Traditionen anzuknüpfen. Die allgemeine Verschärfung der politischen Lage in Polen nahm diesen Versuchen den Boden. Das Regime GOMULKA setzte durch daß die Pfadfinderorganisation ihre Mitglieder im kommunistischen Sinne (und nicht einfach zu anständigen und tüchtigen Menschen) erziehen soll.

Beim letzten Kongreß des Pfadfinderverbandes in Warschau im April 1959 formu-

lierte GOMULKA selbst diesen Standpunkt. Er sprach von der Entwicklung des "sozialistischen Pfadfindertums", an der die Partei höchst interessiert sei. Er forderte, die Pfadfinder zu "künftigen Erbauern des Sozialismus in Polen" zu erziehen.

Diejenigen, die in einem unpolitischen Pfadfindertum ein Gegengewicht zu den kommunistischen Bemühungen der Gleichschaltung der Jugenderziehung sahen, wurden von GOMULKA belehrt, daß es für solche Tätigkeit keinen Platz im Pfadfinderverband mehr gibt. Die Tatsache, daß der Parteichef sich persönlich die Zeit nahm, um diesen Standpunkt vor den Delegierten des Kongresses darzulegen, beweist, welche Bedeutung die ganze Partei dem Problem der Jugenderziehung beimißt. Den verlorenen Boden will man zurückgewinnen.

2) Neuaufgabauter Polizeiapparat

Das jetzige politische System Polens, das sich nach dem langsamen Abbau vieler demokratischer Oktobererrungenschaften etwa Ende 1957 stabilisiert hat, kann man nicht als polizeiliches Terrorsystem bezeichnen. Aber immerhin herrschte in Polen ein totalitäres Regime, und ein solches System kann auf die Dauer auf die Existenz der politischen Geheimpolizei nicht verzichten.

Heute entfaltet die polnische "Bezpieka", der polnische SSD, eine größere Aktivität. Im Vergleich zur Zeit vor 1954 sind die Kompetenzen der Geheimpolizei nach wie vor stark beschnitten. Ihre Arbeitsweise ist viel diskreter, "eleganter" und vor allem nicht so brutal wie früher.

Die Allmacht der politischen Polizei gehört der Vergangenheit an. Der Bezpieka-Apparat ist jetzt dem Innenministerium untergeordnet und außerdem einer rigorosen Parteikontrolle unterworfen. Ein Durchschnittsbürger braucht heute in Polen nicht zu befürchten, daß er monatelang - oder gar jahrelang ohne gerichtliches Urteil eingekerkert und brutalen Methoden der Aussageerpressung unterzogen wird. Aber die Wände haben manchmal schon wieder Ohren und der Mann auf der Straße wagt es seltener, seiner oft berechtigten Unlust über die zahlreichen Mißstände Luft zu machen.

Der offizielle Chef der politischen Polizei, Wladyslaw WICHA, gab am 18. 4. einem Vertreter der polnischen Presseagentur ganz offen zu, daß die Korruption stark zugenommen hat.

"Im Jahre 1958 erfolgte eine große Zunahme von Zuschriften der Bevölkerung, die die Bürgerliche Miliz auf erfolgte Verbrechen und verdächtige Personen aufmerksam machten.... Im Jahre 1958 konnte man Dank dieser Anzeigen in 74.828 Fällen die Täter ermitteln."

Zwar stellte der Minister fest, daß sich die Anzeigen hauptsächlich auf Diebstähle staatlichen Eigentums bezogen hätten. Hauptsächlich heißt aber nicht ausschließlich. Auch dem Grenzschutz leisteten die Denunzianten nützliche Dienste, indem sie zahlreiche Personen, die die Grenze überschreiten wollten, entweder anzeigten oder direkt den Wachen zugeführt haben. Über die Spitzeltätigkeit für die politische Polizei schweigt der Minister aus verständlichen Gründen. Aber Informationen, die aus Polen einlaufen, bestätigen, daß sich auf diesem Gebiet seit Oktober 1956 vieles geändert hat.

Vor drei Jahren sprach sich der jetzige Volksbildungsminister, BIENKOWSKI, gegen eine Existenz der geheimen politischen Polizei aus. Er meinte damals, wenn man den Apparat dieser Polizei nicht liquidiere, so werde er immer die Tendenz haben, seine Existenzberechtigung zu beweisen. Wo es keine "Fälle" gebe, werde er bemüht sein, sie zu konstruieren. Diese Tendenz war bis jetzt zwar nicht zu beobachten, aber alle Äußerungen der Unzufriedenheit werden aufmerksam registriert. Über viele Bürger gibt es wieder Dossiers, in die alles über ihn sorgfältig eingetragen wird. Wegen relativ harmloser "zer-setzender" Kritik wird von den Polizeiorganen heute noch niemand belästigt, aber die Gefahr, auf die BIENKOWSKI vor drei Jahren hinwies, ist dadurch wieder gewachsen. Sollte sich das politische System nur um einige Nuancen verschärfen, so wird das Regime genau orientiert sein, wo es seine Gegner zu suchen hat.

Bis jetzt tritt die Bezpieka jedenfalls in Samthandschuhen auf.

Minister WICHA sprach von den Bemühungen, die "benflichten, moralischen und politischen Qualifikationen" der Beamten des Innenministeriums (unter ihnen also auch der Bezpieka-Funktionäre) zu erhöhen. Die weniger "qualifizierten" Funktionäre werden entlassen, an ihre Stelle werden besser "qualifizierte" gestellt. Dieser Vorschlag ist durch die Umstellung auf eine Methode erklärlich. Wie die neuen Besen kehren werden, wird erst die Zukunft zeigen.

3) Partei warnt die Kirche

Mehrere Anzeichen weisen auf anhaltende Spannungen in den Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Polen hin. Dennoch versucht GOMULKA, einen offenen Kampf mit der Kirche zu vermeiden. Diese Haltung wird von der Bevölkerung begrüßt, da sie weiß, daß ein Bruch zwischen Kirche und Staat zu einer Verschärfung der allgemeinen politischen Lage führen müsste.

Die Behutsamkeit, mit der GOMULKA seinen Standpunkt durchzusetzen versucht, geht aus folgendem Beispiel hervor: Am 14. April erschien in dem Warschauer Blatt "Zycie Warszawy" ein Artikel, in dem die Kirche vor den Versuchen, sich entgegen den bestehenden Abmachungen in politische Angelegenheiten einzumischen, sehr nachdrücklich gewarnt wird. Allein die Tatsache, daß der Artikel nicht im offiziellen Parteiorgan "Trybuna Ludu", sondern in einem zwar gern gelesenen, aber nicht offiziellen Organ publiziert wurde - zeugt davon, daß die Partei zwar gehört und verstanden werden will, ohne jedoch die Angelegenheit an die große Glocke zu hängen.

Der Hauptanlaß einer in gemäßigtem Ton gehaltenen Attacke auf die Kirche ist die Predigt des Bischofs in Kielce, Czeslaw KACZMAREK, der die Verfolgung der chinesischen Kirche stark anprangerte und bei der Gelegenheit viele unfreundliche Worte an die Adresse der polnischen Regierung fand, die christlichen Embleme aus der Schule entfernt, die zivile Trauung durchgesetzt und die Kirche eingeengt habe.

Bischof KACZMAREK ist in der stalinistischen Zeit Opfer eines Schauprozesses gewesen. Er war zu langjährigem Zuchthaus verurteilt und am Beginn der neuen Ära begnadigt worden. Damals versuchte man, ihn als einen Kollaborateur der Nazibesatzer hinzustellen. Obwohl dieser Vorwurf absurd war, versucht man auch jetzt die Öffentlichkeit daran zu erinnern, daß der Bischof gegenüber den Nazis weniger Militant auftrat.

Der Fall wird weiter ausgenutzt, um noch einmal grundsätzliche Fragen zu klären: Die Grenzen der kirchlichen Tätigkeit. Diese Tätigkeit soll sich nach dem Wunsch der Partei auf die seelsorgerischen Probleme beschränken. Das Eingreifen der Kirche in das politische Geschehen wird nicht geduldet.

Diesen Standpunkt betont man in Polen in der letzten Zeit immer öfter. Ebenso

konsequent wird von kirchlicher Seite den Kommunisten das Recht bestritten, der kirchlichen Tätigkeit dermaßen enge Grenzen zu ziehen. Zu einer Kraftprobe ist es nicht gekommen, weil die Partei sie offensichtlich meidet. Nur in einigen besonders krassen Fällen entschloß sich GOMULKA einzugreifen. So war es im Kloster von Tschenschow, als man eine Anzahl von Druckschriften beschlagnahmte, die offen antikommunistisch waren und in der Klosterdruckerei gedruckt wurden.

Die Kirche kann sich darauf berufen, daß sie GOMULKA bei den Wahlen im Januar 1957 unterstützte, die eine Stabilisierung des GOMULKA-Regimes ermöglicht haben.

Die Tatsache, daß die Geistlichkeit dem Kommunisten GOMULKA verhalf, sich fester in den Sattel zu setzen, weil die polnischen nationalen Interessen im Spiel waren, gibt einen Einblick in die potentielle politische Macht, die die katholische Kirche in Polen besitzt. Eine Auseinandersetzung zwischen Partei und Kirche würde den Interessen der beiden Parteien kaum dienlich sein. Andererseits wieder muß GOMULKA schon allein aus Rücksicht auf die Sowjets versuchen, die Kirche von der Ausübung politischen Einflusses fernzuhalten.

II. Wirtschaft

1) Grundlage der Wirtschaftspolitik in den Jahren 1960-65

Das Zentralproblem der polnischen Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren werde die Aufteilung und Verwendung des Nationaleinkommens sein, schreibt das Parteiorgan "Trybuna Ludu" vom 1. April. Es gebe drei Möglichkeiten, um über das Nationaleinkommen zu disponieren:

Die erste sei, einen sehr großen Teil dieses Einkommens für die Investierung abzuzweigen, d.h. den Gürtel enger zu schnallen. Die Folge müsse die Einfrierung oder sogar die Senkung des Lebensstandards sein. "Diese Medizin erschöpft zu sehr den Organismus, wir sollen sie lieber ganz aufgeben" - meint das Blatt.

Die zweite Möglichkeit sei, der ersten entgegengesetzt: Ein zu großer Teil des Nationaleinkommens werde auf Kosten der Investitionen für den Konsum bestimmt. Eine zu starke Einschränkung der Investitionen müßte aber in ihrer weiteren Konsequenz zur Verminderung des Nationaleinkommens führen, also ebenfalls zu einer späteren Senkung des Lebensstandards. Auch dieser Weg sei falsch.

Es bleibe ein dritter, mittlerer Weg, für den sich die Partei entschlossen habe. Die Investitionen sollen nur so weit erhöht werden, wie das zur kontinuierlichen Entwicklung der nationalen Wirtschaft nötig ist. Dabei bleibt soviel für den Verbrauch, daß das Lebensniveau immer höher wird. Diese Wirtschaftspolitik soll die Erfordernisse des heutigen und des morgigen Tages harmonisch verbinden und ein immer größeres Stück Brot sowohl den Eltern als auch den Kindern sichern. Der Anteil der Investitionen soll von 16,8 auf 18,5 % des Nationaleinkommens ansteigen.

Es gibt nicht nur rein wirtschaftliche, sondern auch politische Gründe, die GOMULKA davon abhalten, die Industrialisierung des Landes auf Kosten der Bevölkerung gewaltsam zu forcieren. Langsam kommt Polen aus dem wirtschaftlichen Chaos, das sich nach dem Oktober bei der Umstellung der wirtschaftlichen Linie deutlich abzeichnete, heraus. Die Bevölkerung, die sich vom Oktoberumschwung eine sofortige und radikale Verbesserung der wirtschaftlichen Lage versprach, war zunächst bitter enttäuscht und brachte wenig Verständnis für die Schwierigkeiten auf, die als das Erbe der stalinistischen Mißwirtschaft zurückgeblieben waren. Die Verbesserung kam so langsam, daß sie in der ersten Zeit von den verbitterten Menschen kaum bemerkt wurde. Sie war aber nicht zu leugnen und erreichte es schrittweise, daß sie heute allgemein zur

Kenntnis genommen wird. Eine Verschlechterung des Lebensstandards würde wahrscheinlich eine Welle der Unzufriedenheit hervorrufen, deren man nur mit Hilfe scharfer Maßnahmen Herr werden könnte. Aus verständlichen Gründen will GOMULKA, der keine politischen Schwierigkeiten gebrauchen kann, auf keinen Fall eine solche Entwicklung zulassen.

2) Neue Phase der Industrialisierung Polens

Eine Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur Polens hat die nach dem Kriege vorgenommene Industrialisierung gebracht. Gleich nach dem Kriege, im Jahre 1946 gab es in Polen 31,8 % Stadt- und 68,2 % Landbewohner. Im Jahre 1958 lebten in den Städten schon 46,4 % und auf dem Lande 53,6 % Polen. Wenn man nicht den Wohnort, sondern die Beschäftigung als Grundlage nimmt, so erweist sich, daß von den rund 29 Mill. Polen nur 12,6 Mill., d.h. 43 %, von der Landwirtschaft lebten, der Rest aber - 16,5 Mill. (57%) von der nicht landwirtschaftlichen Arbeit. Vor dem Kriege aber lebten von der Landwirtschaft ca. 60 % Einwohner Polens.

Bei der Erzeugung des Nationaleinkommens beteiligten sich verschiedene Wirtschaftszweige Polens nach folgenden Prozentzahlen:

| | <u>1938</u> | <u>1949</u> | <u>1957</u> |
|---------------------------|-------------|-------------|-------------|
| Industrie und Handwerk | 30,1 % | 42,4 % | 49,3 % |
| Land- und Forstwirtschaft | 44,7 % | 29,9 % | 26,5 % |
| Bauwesen | 3,9 % | 5,6 % | 8,1 % |
| Sonstige | 21,3 % | 22,1 % | 16,1 % |

Heutzutage erzeugt die Industrie schon mehr als 50 % des Nationaleinkommens. Seit 1949 - dem Startpunkt zur intensiven Industrialisierung - verdoppelte sich dieses Einkommen.

Im Jahre 1965 wird die Stadtbevölkerung 50 % der Gesamtbevölkerung überschreiten. Verglichen mit 1958 wird die industrielle Produktion um 80 % und das Nationaleinkommen um 40 % anwachsen.

"Trybuna Ludu" vom 12. April, die diese Zahlen bringt, stellt fest, daß der relativ hohe Stand der Industrialisierung Polens, gemessen an der Vorkriegszeit oder sogar an dem Stand von 1948 erlaubt, die weitere Industrialisierung Polens langsamer zu betreiben. Dies bedeutet nicht, daß die Summe, die für Investitionen bestimmt werden sollen, in den nächsten Jahren niedriger liegen

würden, als jetzt, sondern lediglich, daß heute der Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen wesentlich niedriger liegen kann, als zur Zeit des Sechsjahresplanes (1950 bis 1955), als man die Industrialisierung mit allen Mitteln vorantrieb. Die Zeitung meint, daß man auch aus den Fehlern der Vergangenheit vieles gelernt hat und in Zukunft eine zweckmäßigere Verwendung der Investitionsmittel vornehmen wird. Auch sieht man sich heute nicht veranlaßt, einen großen Teil der Investitionsauflagen für den Ausbau der Rüstungsindustrie zu verwenden, wie das in den Jahren des Sechsjahresplanes der Fall war.

In manchen Jahren des Sechsjahresplanes hat man fast die Hälfte der Investitionsmittel für den Aufbau neuer Industrien verwenden müssen, so im Jahre 1953 - 47,3 %. Gleichzeitig hat man aber die zu niedrigen Summen, die für die landwirtschaftlichen Investitionen bestimmt waren noch kürzen müssen. Von den für die Industrialisierung verwendeten Summen verbrauchte man 1953: 85 % für den Ausbau der Schwerindustrie. Die Folge war eine ungleichmäßige Entwicklung einzelner Branchen der Industrie, Vernachlässigung vieler Industriezweige und ein katastrophaler Stand der Landwirtschaft. Die im Vergleich zu anderen Industrien überdimensionell ausgebaute Maschinenindustrie konnte ihre Kapazitäten nicht voll ausnutzen, weil andere Branchen mit ihr nicht Schritt halten konnten.

Heutzutage ist man gewillt, alle diese Fehler, die in der Mehrzahl unter sowjetischen Druck entstanden waren, nicht mehr zu begehen. Eine harmonische Entwicklung aller Industriegebiete und auch der anderen Wirtschaftszweige soll durch die neue Planung gesichert werden. Als eine der Hauptaufgaben stellt man sich die Rentabilität der Produktion. Damit verbindet sich aber die Erhöhung der bisher sehr niedrigen Arbeitsproduktivität der polnischen Industriearbeiter und die Liquidation der Beschäftigungsüberwüchse.

3) Probleme des Oberschlesischen Industriegebietes

Mit Sorge betrachtet man in Polen eine fortschreitende Konzentration verschiedener Industrien im Oberschlesischen Raum. Eine Regierungskommission, die speziell zur Erforschung der Beschäftigungs- und Wohnfragen und des Standes der Industrialisierung berufen wurde, soll in den nächsten Monaten die Ergebnisse ihrer Untersuchung veröffentlichen. Schon jetzt kann man sich orientieren, in welcher Richtung die Vorschläge der Kommission gehen werden.

Die Wojewodschaft Kattowitz, die im Vergleich zur Vorkriegswojewodschaft dieses Namens um die Kreise Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg, sowie um andere polnische Kohlengebiete um Sosnowice herum vergrößert wurde, umfaßt jetzt 3 % des polnischen Territoriums und mehr als 10 % der polnischen Bevölkerung. Dreiviertel der Bevölkerung dieses Gebietes lebt in Städten, über die Hälfte lebt von der Arbeit in der Industrie. Jedes Jahr verschlingt Oberschlesien etwa ein Fünftel der neu herangewachsenen Arbeitskräfte. Jährlich strömen aus anderen Teilen Polens ca. 20.000 Arbeiter ein, die hier Beschäftigung finden. Der Wohnungsbau kann trotz aller Anstrengungen mit diesen Anforderungen nicht Schritt halten. Etwa 70.000 Arbeiter wohnen in sogen. Arbeiterhotels, oft mehrere Hundert Kilometer weit von ihren Familien getrennt.

Einen starken Ausbau der Industrie in diesem Gebiet muß man als rationell bezeichnen müssen, soweit er direkt an die oberschlesische Rohstoffbasis gebunden ist. Das Problem Oberschlesiens liegt aber darin, daß auch viele Industriezweige, die genau so gut anderswo existieren könnten, hier entstanden und weiter entstehen. Ihre Entwicklung bringt neben wirtschaftlichem Nutzen auch einen nicht geringen Schaden, weil die Entwicklung der rohstoffgebundenen Industrie in Oberschlesien dadurch behindert wird. Erschwert wird auch die Wohnungslage, dazu entstehen Probleme auf dem Arbeitsmarkt.

In den Jahren 1959-65 will die oberschlesische Industrie ca. 200.000 neue Arbeiter beschäftigen. Kaum die Hälfte davon wird ~~man~~ am Ort und Stelle finden, der Rest müßte aus anderen Gebieten Polens angeworben werden. Eine Unterbringung dieser Menschen ist kaum vorstellbar.

Man will die Heranziehung dieser auswärtigen Hunderttausender durch weitere Mechanisierung der Produktionsvorgänge, Erhöhung der fachlichen Qualifikationen der Belegschaften, eine Stabilisierung der industriellen Kader und im Endeffekt eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität einsparen.

Als weiteres plant man ein systematisches Abbremsen des Industrieaufbaus, der mit der lokalen Rohstoffbasis nicht verbunden ist. Später sollen solche Betriebe, die bereits in Oberschlesien bestehen, in andere Gebiete verpflanzt werden.

4) Bewirtschaftung der Westgebiete

Ein Viertel der allgemeinen Investaufwendungen - d.i. 84 Milliarden Zloty - verwendete man in den Jahren 1950/57 für den Aufbau der polnischen Westgebiete.

Die Industrieproduktion dieser Gebiete hat den Vorkriegsstand schon überschritten, ohne allerdings noch das Niveau des Jahres 1943 zu erreichen. Während des Krieges hat man hier aus anderen Gebieten Deutschlands zahlreiche Werke verlegt und neue Industrien geschaffen, die hauptsächlich für Kriegszwecke gearbeitet haben.

Ein großer Teil dieser sehr modernen Werke ist von Kriegseinwirkungen verschont geblieben, wurde aber von den Sowjet bei der Demontage sämtlicher Einrichtungen und Maschinen entlöst. Die leeren, manchmal sehr großen Produktionshallen sind jedoch stehen geblieben. In zahlreichen Fällen hat man in ihnen schon andere Produktionsbetriebe eingerichtet. Ein Teil steht aber bis heute noch unbewirtschaftet. Aber auch die schon benutzten Produktionshallen werden in den meisten Fällen nicht vollständig ausgenutzt. Diese Tatsache nahm "Trybuna Ludu" am 17. April zum Anlaß, um die "Beseitigung einzelner dunkler Flecken auf dem sonst so hellen Bild" zu verlangen.

Im allgemeinen schenkt man in den letzten Jahren den Westgebieten viel mehr Aufmerksamkeit als in der stalinistischen Ära. Diese Gebiete partizipieren in einem immer stärkerem Maße an den staatlichen Aufwendungen zur Entwicklung der Wirtschaft und Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. In den Westgebieten verbrauchte man beispielsweise im Jahre 1957 22 % aller Gelder, die in ganz Polen für die Renovierung der Häuser und Wohnungen bestimmt waren. Im Jahre 1958 wuchs aber dieser Anteil schon auf 38 %. Übrigens waren auf diesem Gebiet die größten Versäumnisse nachzuholen. Auch die Investauflagen beliefen sich 1957 auf 21,7 % der Gesamtausgaben. Im Jahre 1958 aber schon auf 24,2 %.

72.500 Heimkehrer aus der Sowjetunion wurden in diesen Gebieten im vorigen Jahr angesiedelt, etwa zur Hälfte verteilt auf Stadt und Land. Alle Neusiedler bekommen Steuererleichterungen und Aufbaukredite. Diese Politik will man in den nächsten sieben Jahren weiter fortsetzen. Die Bevölkerung der Westgebiete wird im Jahre 1965 voraussichtlich 8,5 Mill. erreichen und damit den Vorkriegsstand.

5) Staat übernimmt Sorge um private Mietshäuser

Ein etwas kompliziertes Bild ergeben die Eigentumsverhältnisse bei den Mietshäusern. Nach dem Kriege wurden die Besitzer der Mietshäuser nicht enteignet, sondern wirtschaftlich "kaltgestellt". Äußerst niedrig gehaltene Mieten, relativ hohe Steuern machten das Vermieten zu einem Verlustgeschäft. An

Instandsetzungsarbeiten an den Häusern und einzelnen Wohnungen war in dieser Lage natürlich nicht zu denken.

Alle neu gebauten Mietshäuser sind natürlich aus öffentlichen Mitteln finanziert worden und sind Eigentum des Staates, der Genossenschaften oder der Produktionsbetriebe. Bei neuen Häusern gibt es keinen Privatbesitz mehr.

Auch alles herrenlose Gut, wie alle Mietshäuser in den Westgebieten und die Mehrzahl der deutschen und jüdischen Häuser in Altpolen sind staatlicher Besitz geworden.

Es gibt in Polen Städte, wo der private Hausbesitz in überwiegender Mehrheit ist (z.B. Krakau, Lublin,), solche in denen er eine Minderheit ist (z.B. Warschau) und endlich solche, in denen es überhaupt keine privaten Mietshäuser gibt. (Alle Städte in den Westgebieten mit wenigen Ausnahmen im oberschlesischen Teil).

Ein neuer Gesetzentwurf, der dem Parlament vorgelegt werden soll, sieht in bestimmten Fällen den Übergang der Privathäuser in staatliches Eigentum vor. Schon heute deckt der Staat $\frac{3}{4}$ der Kosten für die laufenden Instandsetzungsarbeiten an diesen Häusern. Nun soll der Staat auch berechtigt sein, eine generelle Überholung dieser Häuser in Notfällen zu übernehmen, falls der Besitzer sich das zu tun weigert. Auch kann ein Haus aufgestockt oder modernisiert werden. Die Kosten dieser Arbeiten fallen als Hypotheklasten zugunsten des Staates auf den Besitz und müssen binnen 10 Jahren zurückgezahlt werden. Erfolgt das nicht oder erreicht der Wert der staatlichen Investitionen 50 % des Gebäudewertes, so ist der Staat berechtigt, das Gebäude zu übernehmen. Der Besitzer soll dann eine Entschädigung bekommen.

III. Kulturelle und soziale Probleme

1) Schulreform

Schon während des letzten Parteitages im März 1959 wurden die Ministerien für Volksbildung und Hochschulwesen Zielscheibe zahlreicher Attacken. Sie wurden auf dem VIII. Plenum der Sozialistischen Jugend, das Anfang April in Warschau tagte, fortgesetzt.

Ein Sekretär des Verbandes stellte laut "Trybuna Ludu" am 5. April fest, daß die "seit längerer Zeit geführte Diskussion über die geplante Schulreform viele Schwächen, Mängel und sogar Anachronismen im bestehenden Bildungssystem zutage brachte". "Das Schulprogramm zeigt sich oft lebensfremd und bereitet die studierende Jugend nicht in ausreichendem Ausmaße auf die späteren Aufgaben vor."

Schon auf dem Parteitag wurde deutlich, daß man die Schulen stärker als bisher zur Gewinnung der Jugend für das Regime einspannen will. Diese Aufgabe erscheint der Partei, die sich wegen der Entfremdung der Jugend große Sorgen macht, besonders wichtig.

Die Unzufriedenheit der Partei und anderer Organisationen muß auch als Mißtrauensvotum gegenüber dem Minister für Volksbildung ausgelegt werden. BIENKOWSKI, der gemeinsam mit GOMULKA lange Jahre wegen nationalistischer Rechtsabweichung ausgestoßen war, ist ein echter Mann des Oktobers, der die Abschwenkung auf die jetzige Linie nie befürwortet hat. Er hat sich zwar früh genug von den "Revisionisten" distanziert, nimmt aber die Prinzipien innerparteilicher Demokratie, die eine freie Diskussion zuläßt, sehr ernst. Er war einer der wenigen, die den Mut besaßen, sich GOMULKA bei mehreren Anlässen offen zu widersetzen. Der letzte und wohl auch der folgenschwerste Zusammenstoß erfolgte vor dem Parteitag. Der Parteichef hatte angeordnet, daß alle Diskussionsbeiträge von ihm vorher zur Begutachtung vorgelegt werden sollen. BIENKOWSKI protestierte mit dem Argument, daß eine auf diese Weise zensierte Diskussion keine echte Diskussion sei. GOMULKA reagierte gereizt: BIENKOWSKI wurde ohne vorherige Aussprache von der Liste der Diskussionsredner gestrichen und auch bei der Aufstellung der Wahlliste für das neue ZK nicht berücksichtigt. Ob man ihn noch zum Sündenbock für alle Mißstände im Schulwesen machen wird, muß die Zukunft zeigen.

2) Schädliche Konzentration

51,5 % aller Angestellten und Beamten mit Hochschulbildung leben und arbeiten in drei Zentren: Warschau, Krakau und im oberschlesischen Industriegebiet. Auf das Gebiet der restlichen 12 Wojewodschaften fallen etwa 48 % also im Durchschnitt 4 % pro Wojewodschaft. Dieser anomale Zustand ist die Folge der lange Jahre betriebenen Zentralisierungspolitik, bei der Warschau und andere größere Zentren die Vertreter der Intelligenzschicht aus dem ganzen Lande aufsaugen.

Die Entwicklung der Provinz auf allen Gebieten mußte natürlich schwer unter dem Mangel an Intelligenzkadern leiden. Da die kleineren Städte nach und nach von den Vertretern der Intelligenz entblößt wurden, haben sich die wenigen dort gebliebenen Vertreter dieser Schicht wie in einem fremden Land gefühlt. Nur eine Sehnsucht kannten sie: In eine Großstadt auszuwandern. Wer einmal auszog, der kehrte nie zurück. Ein kleines Stübchen in Warschau, Krakau, Breslau oder Posen wurde höher geschätzt, als eine bequeme Wohnung in der Kreisstadt. Die Provinz wurde zu einer kulturellen Wüste degradiert.

Auf allen Gebieten des polnischen Lebens stößt man auf die verhängnisvolle Erbschaft der stalinistischen Epoche. Auch dieses Problem wartet jetzt auf eine Lösung, die gefunden werden muß, wenn das wirtschaftlich und kulturelle Gefälle zwischen den verschiedenen Gebieten Polens beseitigt werden soll.

3) Kandidaten zum Hochschulstudium

Im akademischen Jahr 1959/60 wollen 27.700 Personen ihr Studium an Hochschulen aufnehmen. Die dem Ministerium für Hochschulwesen unterstellten Universitäten, technischen, landwirtschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulen verfügen aber über nur 16.800 freie Plätze. Nach einer durchgeführten Umfrage beabsichtigen 27.700 von den 75.000 Abiturienten dieses Jahres zu studieren. Die meisten Jugendlichen haben sich auf den Universitäten angemeldet. Ein großes Überangebot an Bewerbern besteht bei solchen Fachrichtungen wie Biologie, Kunstgeschichte, Psychologie und Geographie. Die größte Anziehungskraft haben akademische Zentren in Warszawa mit 7800 Meldungen, was 28 % der Gesamtbewerber entspricht, in Krakau (17 %) in Breslau (10 %). Bei 26.800 von den insgesamt 27.700 Bewerbern ist die soziale Herkunft bekannt. 43,3 % kommen aus Arbeiterfamilien und 18,3 aus Bauernkreisen. Somit entfallen 52,6 % der Bewerbungen auf Jugendliche aus Arbeiter- und Bauernkreisen.

4) Neue Formen des Arbeitswettbewerbs

Die rücksichtslosesten Formen der Ausbeutung, die zu stalinistischer Zeit lange Jahre praktiziert wurden, sind im Oktober 1956 offiziell zu Grabe getragen worden. Das neue Regime GOMULKA begriff, daß man eine wirkliche Arbeitsdisziplin nur von anständig bezahlten Menschen erwarten kann. Die Verbesserung der Löhne kann aber nur stufenweise und sehr langsam erfolgen. Das jetzige Lohnniveau, obwohl etwas gebessert im Vergleich zur Vor-Oktober-Zeit, ist, verglichen mit den Löhnen in den industrialisierten westeuropäischen Staaten recht niedrig.

GOMULKA kämpft um die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Wirtschaft und glaubte bei diesem Kampf auf die Form des Arbeitswettbewerbes nicht verzichten zu können. Seit mehreren Monaten taucht dieser Terminus wieder in den Spalten der Presse auf, allerdings gebraucht man ihn ohne das Adjektiv "sozialistisch".

Das Patronat über den neuen Arbeitswettbewerb soll von den Gewerkschaften übernommen werden. Der Gewerkschaftsrat hat einen solchen Beschluß am 24. April gefaßt. Wie es in diesem Beschluß heißt, wird sich die Gewerkschaftsbewegung jedem Schematismus, der Jagd nach Rekorden und der Hascherei nach propagandistischen Effekten widersetzen. Man will neue Formen des Wettbewerbes anwenden, sie sollen vor allem den konkreten Verhältnissen in jedem Betrieb angepaßt werden und sich hauptsächlich auf die Initiative der Arbeiter stützen. Als besonders empfehlenswert bezeichnet der Beschluß die Bildung der "sozialistischen Arbeitsbrigaden", wie das im größten polnischen Stahlwerk Nowa Huta bereits neulich nach sowjetischem Vorbild geschah.

Um einen materiellen Ansporn zur besseren und produktiveren Arbeit zu schaffen, will man neue Lohnsysteme ausarbeiten und anwenden. Diesem Zweck soll auch die Institution des Betriebsfonds dienen, der nach dem Oktober geschaffen wurde. Ein Teil der aus der Übererfüllung des Produktionssolls erzielten Quoten wird diesem Betriebsfonds angerechnet und unter der Belegschaft verteilt.

Die neuen Projekte distanzieren sich deutlich von den alten, kompromittierten Formen des Wettbewerbes. Ohne den Terror des 'alten Arbeitsrechts' wäre auch eine Rückkehr in die alten Formen nicht denkbar.

5) Mangelnder Arbeitsschutz in den Produktionsbetrieben

4,5 Milliarden Zloty, d. h. dreimal mehr als im Jahre 1952, wurden im vorigen Jahr für Zwecke des Arbeitsschutzes und der Arbeitshygiene ausgegeben. Auch die betreffenden Gesetze sind in den letzten Jahren erweitert worden, um einen besseren Schutz der arbeitenden Menschen zu gewährleisten. Die letzte Plenarsitzung des Gewerkschaftsrates am 23. April stellte diese Verbesserungen fest, die aber nicht ausreichend seien. Besonders die Bestimmungen stünden in keinem Verhältnis zu den finanziellen Anstrengungen, die geleistet wurden, um das Leben und die Gesundheit der Arbeiter zu schützen.

Als Hauptursachen von Arbeitsunfällen bezeichnete der Gewerkschaftsrat mangelhafte Arbeitsorganisation, Aufsichtsmängel und nicht ausreichende Schulung der Arbeiter. Hier müßten entsprechende Gesetze oder Verfügungen herauskommen.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter über Mängel des Arbeitsschutzes in den verschiedenen Betrieben führe zu einer ständigen Fluktuation der Belegschaft, was sich auf die Produktion und Arbeitsproduktivität hemmend auswirken müsse.

E. Polen und Ausland

1) CHRUSCHTSCHOW

Am 17. April 1959, dem 65. Geburtstag CHRUSCHTSCHOWs, veröffentlichte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" einen Artikel, in dem die Prinzipien seiner Politik herausgestellt wurden. Es handelt sich dabei um keine Huldigung, wie es zu STALINs Zeiten üblich war, sondern um eine in dezentem Ton gehaltene Solidaritätserklärung der polnischen Parteiführung mit dem jetzigen Herrscher des Kreml.

Die Volkstümllichkeit CHRUSCHTSCHOWs unter den Massen der Bevölkerung der SU wird als Erfolg der konsequenten Bemühungen bezeichnet, eine engere Verbundenheit der Parteileitung mit den Massen herzustellen. Hier liegt das Gegenmittel gegen die Verbürokratisierung, gegen die "veralteten Arbeits- und Denkmetho- den, gegen den Dogmatismus".

"Die Abkehr vom Personenkult und den damit verbundenen Methoden der politischen Arbeit und des Regierens erlaubte es der SU, einen gewaltigen Sprung nach vorne zu machen und ihre Stärke als große sozialistische Weltmacht zu vergrößern. Sie verhalf der internationalen Arbeiterbewegung und vor allem den volksdemokratischen Ländern und ihren Parteien, die sektiererischen Irrtümer, die sie von den Massen isolierten, zu überwinden."

Unter CHRUSCHTSCHOW - so schreibt "Trybuna Ludu", erfolgte die Erweiterung der sozialistischen Demokratie.

"Sie fand ihren praktischen Ausdruck in der Verlegung der zentralistischen Wirtschaftsorgane in die Provinz, näher an das Leben, näher an die Menschen und die Produktion.... Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie fand auch Ausdruck bei der Erweiterung der Kompetenzbereiche einzelner Unionsrepubliken und der örtlichen Behörden, sowie bei der Übertragung einer Reihe von Funktionen des Staates an die gesellschaftlichen Organe..."

Was die Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten anbetrifft, so stützen sie sich auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus, auf die Prinzipien des proletarischen Internationalismus. Alle revisionistischen Tendenzen, die Einheit der sozialistischen Staaten zu schwächen, sind erfolgreich besiegt worden."

Bei allen diesen Lob- und Solidaritätserklärungen tritt deutlich die polnische Tendenz hervor, eine eigene Haltung zu betonen: Im Rahmen der

CHRUSCHTSCHOW'schen politischen und ideologischen Linie ein Maximum an Selbständigkeit für sich sicherzustellen. Dem polnischen Leser will man gleichzeitig klar machen, daß CHRUSCHTSCHOW persönlich der wichtigste Garant der Politik ist, die eine gewisse Selbständigkeit Polens im sozialistischen Lager respektiert.

2) Polen und die wirtschaftliche Integration des Ostblocks

Die Planungszahlen des polnischen Außenhandels für die nächsten sieben Jahre weisen deutlich auf die fortschreitende Integration der Länder der Ostblockstaaten hin. In erster Linie bezieht sich das auf die polnisch-sowjetischen Warenlieferungen.

Immer öfter betont man von polnischer Seite, daß alle Investitionspläne in der Industrie für die nächsten Jahre auf sowjetischen Lieferungen von Maschinen, industriellen Einrichtungen, Rohstoffen und technischen Dokumentationen basieren. Im Jahre 1965 wird die Sowjetunion 44 % aller importierten Maschinen und Einrichtungen liefern.

Die Wirtschaft Polens wird in immer größerem Masse von den sowjetischen Rohstofflieferungen abhängig werden. In den Jahren 1946-58 wurden beispielsweise über 25 Mill. to Eisenerz (das waren 63,1 % des Gesamtimportes) eingeführt. In den Jahren 1959-65 werden sogar 45 Mill. to, das ist 75 % des Bedarfs, aus der SU importiert. In den vergangenen 13 Jahren importierte Polen 3,1 Mill. to Erdöl, in den nächsten sieben Jahren soll der Import sowjetischen Erdöls 8,1 Mill. to und 100 % der Importquote erreichen.

Die Umsätze mit der SU sollen in den Jahren 1956-60 28 % der gesamten Außenhandelsumsätze Polens ausmachen, in den Jahren 1961-65 werden sie aber schon auf 33 % der Gesamtumsätze klettern. Auch der polnische Export wird weitgehend von dem sowjetischen Handelspartner abhängig sein. 53 % aller aus Polen exportierten Maschinen und Industrie-Einrichtungen will im Jahre 1965 die SU abnehmen.

Der Anteil anderer Ostblockländer am polnischen Außenhandel ist ebenfalls beträchtlich. Im Jahre 1959 wird die SU 54 % des polnischen Exports von Investitionsmitteln abnehmen. Von anderen Ländern beteiligen sich an diesen Aufkäufen: DDR - 14 %, China - 10 %, CSR - 9 %, Bulgarien - 5 %, und alle restlichen Handelspartner Polens - 8 %. Man muß bedenken, daß unter diesen restlichen 8 % auch solche Ostblockländer wie Rumänien, Albanien, Ungarn, Nord-Korea und Nord-Vietnam sind.

Nicht nur prozentual, sondern auch in absoluten Zahlen gemessen, wachsen die Außenhandelsumsätze Polens mit den Ostblockländern sehr schnell. Gerochnet

in Rubel (4 Rubel = 1 Dollar) betragen diese Umsätze 1948 - 1,9 Milliarden; 1951 - 3,8; 1954 - 5,4; geplant für 1959 - 6,2 Milliarden Rubel.

Bemerkenswert ist die Steigerung des Anteils der Maschinen im polnischen Export in die Ostblockländer. Er betrug 1950 - 13,5 %, 1954 - 15,7 %, 1956 - 21,1 %, 1957 - 31,0 %, 1958 - 36,7 %. Ein besonders schnelles Anwachsen des Maschinenexportes zeichnet sich in den letzten drei Jahren ab.

3) Polens Politiker über die deutsch-polnischen Probleme

Edward OCHAB, Politbüromitglied und Landwirtschaftsminister sprach auf einer Festveranstaltung aus Anlaß des 14. Jahrestages des polnisch-sowjetischen Freundschafts- und Hilfsabkommens am 21. April. Er sagte u.a.:

"Diese Grenze (gemeint ist die Oder-Neiße-Grenze) ist nicht nur deswegen Tatsache geworden, weil im polnischen Volke niemals die Erinnerung an die von germanischen Feudalen ermordeten Urahnen an Oder und Ostsee erloschen ist, sondern auch weil der deutsche Imperialismus einen neuen, verbrecherischen Krieg entfesselte und verlor, und weil die Mehrzahl der Völker Europas richtige Schlußfolgerungen aus den blutigen Erfahrungen mit der deutschen imperialistischen Aggression gezogen hat...

Das deutsche Volk hat auch schwere Erfahrungen hinter sich und mußte für das hitlerische Abenteuer teuer bezahlen. Das kann nicht ohne Spuren in seinem Bewußtsein bleiben...

Unsere brüderlichen Beziehungen zur DDR werden fester und breiter werden, und die Volksregierung in der DDR wird in ihrem Kampf gegen die imperialistischen Kräfte und den Krieg immer die notwendige Unterstützung Polens wie auch der anderen Staaten des Warschauer Paktes haben."

Polens Außenminister RAPACKI sagte am 22. April vor der Belegschaft eines großen Chemiewerkes in Oberschlesien:

"Alle, Adenauer eingeschlossen, wissen genau, daß der Traum von einer Änderung der jetzigen östlichen Grenze Deutschlands unreal ist. Zu guter letzt befaßt sich im Westen niemand mit dieser Frage. Und schon ganz sicher wird niemand bereit sein, sich deswegen in ein Abenteuer einzulassen. Will man eine Entspannung, so muß man vor allem die bestehenden Grenzen anerkennen. Eine offene Anerkennung dieser Grenzen durch die westlichen Staaten würde verschiedene Revisionisten und Faschisten entmutigen, weiter gegen den Frieden zu arbeiten...

Wir können heute unsere Befriedigung darüber ausdrücken, daß Frankreichs Präsident de Gaulle die Unabwendbarkeit der deutschen Grenzen im Osten anerkannte... obwohl andererseits erwähnt werden muß, daß die Unterstützung

der Politik Bonns mit der Sicherheit Polens und seiner Grenzen nicht zu ver- einbaren ist. Es bleibt immerhin eine Tatsache, daß der westdeutsche Revi- sionismus heutzutage nicht einmal im Rahmen einer Politik, die prinzipiell den Bonner politischen Kurs unterstützt, Billigung finden kann...

Deutsche Revisionisten führten kürzlich eine Flüsterpropaganda über sog. kleine Korrekturen der deutsch-polnischen Grenze und verstreuten sogar Ge- rüchte, nach denen man in Polen ernsthaft Korrekturen erwägt. Man muß schwach- sinnig sein... um so etwas ernst zu nehmen, nachdem diese Grenze schon seit 14 Jahren besteht und nachdem der Westen in zunehmenden Maße zu begreifen beginnt, daß diese Grenze unabwendbar ist...

Wir schlagen vor: Verzichtet auf die atomare Aufrüstung Westdeutschlands, und wir verzichten auf die atomare Aufrüstung Polens, der CSR und der DDR!...

Was uns Polen betrifft, so könnten wir nicht jede Art der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Basis, die den westdeutschen Interessen entspricht, billigen. Nicht viele Menschen in Westeuropa wünschen sich eine unkontrollierte Wiedervereinigung Deutschlands. Nicht ohne Grund befürchten verschie- dene Weststaaten eine Vormachtstellung der Bundesrepublik."

4) Ein Warschauer Blatt über den SPD-Deutschlandplan

"Zycie Warszawy" befaßt sich am 5. 4. in einem Artikel über die Probleme des Friedensvertrages mit Deutschland auch mit dem SPD-Plan zur Lösung der Wieder- vereinigungsfrage. Das Blatt schreibt:

"Dieser Plan enthält sowohl die früheren Vorschläge der SPD aus dem Jahre 1954, als auch die neuen, von denen manche recht konstruktiv sind. Es handelt sich hier in erster Linie um die Bildung gesamtdeutscher Organe auf der Grundlage der Parität, wie gesamtdeutsche Konferenz, Oberster Gerichtshof und wirt- schaftliche Institutionen. Dies ist eine positive Tatsache, die beweist, daß die SPD endlich einen gewissen politischen Realismus zeigt und die Existenz der DDR und die Notwendigkeit von Verhandlungen mit ihr zu bemerken beginnt...

Eine negative Seite des Deutschlandplanes der SPD ist jedoch, daß sie nicht sieht, welche Positionen in der Bundesrepublik die Militaristen und Revan- chisten, die sich zur Verwirklichung der Atomrüstung vorbereiten, einnehmen. Wegen dieses "Versehens" berücksichtigt die SPD in ihrem Plan nicht die Not- wendigkeit einer möglichst schnellen Ausarbeitung des Friedensvertrages, der einen wirksamen Damm gegen die Versuche der Aggressions- und Revanche- Kräfte bauen würde. Die SPD übergeht auch das Problem der Grenzen D^eutsch- lands."